

[▲ zurück](#)

"Die Leute akzeptieren die Einschränkung der Freiheit"



Von Sören
S. Sgries

Demonstration gegen staatliche Überwachung. Foto: dpa

Heidelberg. Seit Jahren erstellt das Heidelberger "John Stuart Mill Institut" seinen "Freiheitsindex" und stellt dort fest, welcher Wert der Freiheit in der Gesellschaft zugemessen wird. Geschäftsführer Hans Jörg Schmidt spricht im Interview über die Erkenntnisse und den diesjährigen Schwerpunkt zur Freiheit im Internet.

Der Freiheitsindex ist deutlich gesunken seit dem Vorjahr, auf -7,0. Warum?

Er besteht ja aus zwei Komponenten: einer Bevölkerungsbefragung und einer Medienanalyse. Die Verschlechterung ist wesentlich auf die Medien zurückzuführen. Dieser Teil-Index liegt bei -38 - schlechter geht es kaum. Die Bevölkerungshaltung zur Freiheit ist dabei nahezu konstant geblieben, sie denkt deutlich freierheitlicher als die Presse.

Zentrales Thema im Analysezeitraum waren die NSA-Enthüllungen. Ist das nicht ein Punkt, der die Entwicklung erklärt?

Das ist wohl so. Ursprünglich wurde das Internet als Raum der Freiheit gesehen, durch den NSA-Skandal kippte das. Jetzt wurde es in den Berichten zunehmend als Raum der Überwachung gesehen.

Wie nimmt die Bevölkerung das Internet wahr?

Die Ergebnisse sind von großen inneren Widersprüchen geprägt. Die Befragten sind im Internet aktiv, kümmern sich aber relativ wenig um ihren Datenschutz. Sie kennen das Problem, erwarten auch bei anderen, dass sie nachlässig sind - handeln aber selbst kaum anders.

Sorgen sich Leute, die Wert auf ihre Freiheit legen, mehr um ihre Datensicherheit?

Wir hatten es vermutet. Aber es ließ sich kein Zusammenhang zwischen Freiheitsneigung und der Einstellung zum Internet feststellen.

Was spielt dann eine Rolle? Das Alter?

Ja. Die generationellen Unterschiede lassen sich klar erkennen. Die Jüngeren vertrauen zum Beispiel eher Unternehmen, die Älteren haben ein größeres Staatsvertrauen. Allerdings lässt sich generell ein hoher Grad an Misstrauen feststellen. 67 Prozent sagen, dass ausländische Geheimdienste die Internetaktivitäten überwachen, sei eine Bedrohung für die Freiheit. 61 Prozent erklären das über Unternehmen, die Daten sammeln. Der internationale Terrorismus landet nur bei 60 Prozent.

Wieso ist die Empörung über die Geheimdienste größer als über Unternehmen?

Vergleichbar ist das mit der Nutzung von Bonuskarten. Den Leuten ist bewusst, dass ihre Daten gesammelt werden. Aber oft wird nicht die Verbindung hergestellt, dass es eine Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit ist. Sie nehmen es ob der Vorteile eher hin. Auch im Internet gilt, dass gerade die Jüngeren erkennen, dass ihre Daten auch eine Art Zahlungsmittel sind und das akzeptieren.

Wird nicht erwartet, dass der Staat regelnd ins Internet eingreift?

Wir haben gefragt, was der Staat tun darf, welche Maßnahmen erlaubt sind. Die höchste Zustimmung von 68 Prozent bekommt dabei die Forderung, der Staat solle Internetseiten mit radikalen Inhalten sperren.

Gleichzeitig sagt die Liste: Jeder vierte ist für die Todesstrafe, aber nur 11 Prozent sind für Vorratsdatenspeicherung. Warum?

Jeder akzeptiert eher, wenn gegen andere vorgegangen wird und kein Bezug zur eigenen Person da ist. Zudem ist es immer davon abhängig, wie intensiv ein Thema diskutiert wird. Die Diskussion zur Vorratsdatenspeicherung wurde ja von sehr kritischen Tönen begleitet.

Stehen Bürger- und Freiheitsrechtler in der Politik also nicht auf verlorenem Posten gegenüber den sicherheitsorientierten Innenpolitikern?

Tendenziell zeigt die Historie, dass die Freiheit immer gegenüber der Sicherheit nachrangig behandelt wird. Das sind auch die Erkenntnisse aus der Gesetzgebung nach dem 11. September 2001. Abstrakt wird die Freiheit geschätzt, konkret bekommt die Sicherheit den Vorrang.

Wird vom Staat auch erwartet, dass er Unternehmen im Internet Vorschriften macht?

Ja. Positionen, die absolute Freiheit im Internet fordern, haben wenig Rückhalt, weil sie dem Nutzer keinerlei Sicherheit bieten. Hier wird ein Schutzrahmen erwartet, damit Chancengleichheit im Netz herrscht. Der Einzelne hätte keine Chance gegen Google & Co.

Was ist Ihre Bilanz: Sieht die Bevölkerung das Internet als Freiheits- oder Überwachungsraum?

Es ist ambivalent. Die Bevölkerung sieht die Vorteile, bringt es aber selten in Zusammenhang mit den Risiken. Der Aspekt der Freiheit wird nicht besonders hoch gehalten, sondern es herrscht eine pragmatische Sicht vor. Datenschutz ist nicht das wichtigste, sondern die Vorteile werden dagegen abgewogen. Handeln und Meinungen widersprechen sich auch.



[▲ Nach oben](#)